

Kunstmarkt & Spekulation – in Zeiten der Krise

Impressum:

Die Notizen zur Kunst erscheinen unregelmäßig.

Für den Inhalt ist der jeweilige Unterzeichner verantwortlich. Kritik und Nachdruck (mit Quellenangabe & Belegexemplar) erwünscht.

Bestellungen an folgende Adresse:

Gotthard Krupp, Knesebeckstr.98, 10623 Berlin

Oder Fax 030 -31 31 662; GotthardKrupp@t-online.de

Bitte dazu schreiben, ob per Mail oder Post gesandt werden soll.

Die Herausgabe und Versand kosten natürlich, also Spenden je nach Möglichkeiten auf das Konto:

Gotthard Krupp-Boulboulé; Deutsche Bank 24 AG

BLZ 100 700 24 ; Kto.Nr. 462 407 800

Kontakt:

Gotthard Krupp, Knesebeckstr.98, 10623 Berlin

Atelier: Goethestr. 2-3; 10623 Berlin

Tel 030 -31 31 659; Fax 030 -31 31 662; GotthardKrupp@t-online.de

www.oelbilder-gotthard-krupp.de

Bildende Kunst eignet sich als originäres Spekulationsobjekt zur Profitmaximierung. Ähnlich der Aktie oder anderer Instrumente der Finanzspekulation löst sich auch die bildende Kunst von der Produktion und verliert ihren Charakter als ein – wenn auch besonderes – „Gebrauchsgut“.

Als Spekulationsobjekt gesehen, resultiert der Gewinn nicht aus dem Wert, den die Gesellschaft dem Bild, dem Kunstwerk zuspricht, sondern aus der Vorstellung, dass es einen vermeintlichen Wertgewinn produzieren könnte.

Im Kapitalismus war das immer so. Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts beschrieb Julius Meier-Graefe die Absurdität des Kunstmarktes treffend und kam zu dem Schluss: *„Wenn etwas zum Anarchismus reizen kann, ist es das Bewusstsein, dass die größten Künstler im größten Elend schaffen, damit nach ihrem Tod ein paar Händler daran reich werden und ein paar Fanatiker sie in versperrte Lagerräume stellen“, um ihren „Wert“ der Spekulation hochzutreiben.* Bei Meier-Graefe finden wir auch den treffenden Vergleich zu den Wertpapieren: *„Die Bilder werden zu Wertobjekten.“*

Das Neue der vergangenen Jahre besteht darin, dass sich viele Kunstmanager, -verwalter, -politiker, -sammler in dieser absurden Welt wohl fühlen. Sie entscheiden sich „*wie auf dem Aktienmarkt...*“, so Katja Blomberg, Leiterin des renommierten Museums, Haus am Waldsee: „*Wer das Spiel durchschaut, braucht kaum noch auf das Werk zu schauen.*“

Inzwischen sind auch viele Kulturpolitiker der Meinung, dass es egal ist, wofür in der Kultur investiert wird. Demnach ist es egal, ob mit einem „Artforum“ der Spekulationsmarkt bedient oder mit einer freien KünstlerInnenmesse die gesamte kunstinteressierte Bevölkerung erreicht wird.

Mit der Weltwirtschaftskrise erleben wir, wie die Jagd nach immer höherer Rendite in der Spekulation die gesamte Wirtschaft in den Abgrund zieht.

Sicher: Am Anfang dieser Krise steht ein einfaches ökonomisches Gesetz des Kapitalismus – der Unternehmer wird zur Senkung der Kosten drängen, um seinen Gewinn zu erhöhen. Das heißt letztlich immer Lohnsenkungen, Senkung der Kosten für soziale Leistungen. Seinen Profit kann der Unternehmer nur durch den Verkauf seiner Waren verwirklichen. Dazu muss aber jemand in der Lage sein, zu kaufen.

Die Verantwortung von ver.di als Gewerkschaft ist gefordert. Sie muss sich an die Spitze stellen im Kampf für die Mobilisierung der gesammelten Kraft aller KollegInnen.

Unsere Perspektive sollte sein: eine zentrale Demonstration in Berlin, um von der Regierung zu fordern, dass sie sofort Maßnahmen ergreift für den Schutz der Bevölkerung gegen die Krise, für: die Verteidigung aller Arbeitsplätze, für ein Verbot von Entlassungen und Lohnsenkungen – angefangen bei allen Unternehmen, die staatliche Hilfe einstreichen; die Umverteilung von oben nach unten durch eine gerechte Steuerpolitik; die Entschuldung der Kommunen und ausreichende Finanzausstattung der Kommunen; die öffentliche Daseinsvorsorge und die öffentliche und soziale Infrastruktur, zu denen auch die Kunst und Kultur zählen. Dort wo sie schon privatisiert sind, müssen sie rekommunalisiert werden.

Wir alle stehen vor gewaltigen Aufgaben, lasst sie uns anpacken.

Gotthard Krupp, 27.3.2009

Die Kultur insgesamt wird das erste Opfer sein. Auch Olaf Zimmermann, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Kulturrats, erwartet für die Zeit nach den Bundestagswahlen ein „böses Erwachen“ für den gesamten Kulturbereich. „Der Staat wird sparen, bis es knackt.“ Die Künstlersozialkasse (KSK), ermäßigter Mehrwertsteuersatz, die Kulturförderung insbesondere in den Kommunen, alles wird auf den Prüfstand stehen. Und die Prüfung wird heißen, wir können nicht mehr. Die Milliarden sind bei den Banken, bei den Konzernen, verschwunden. Das wird nicht nur für Kultur, sondern auch für die Bildung, die öffentliche Daseinsvorsorge und alle Sozialsysteme gelten.

Vor diesem Hintergrund ist es so notwendig wie noch nie, dass sich KünstlerInnen in die nahen Bundestags- und Kommunalwahlen einmischen. Dabei sollten wir uns neben unseren spezifischen Forderungen nach Sicherung der KSK, den Ausstellungsvergütungen und grundsätzlich allen Honoraren, gegen die Kürzungen der Kulturetats mit den Forderungen aller anderen KollegInnen, im Kunstbereich und darüber hinaus, verbinden.

Während das Realeinkommen für 90 Prozent der Amerikaner von 1973 bis 2000 um sieben Prozent sank, stieg das Einkommen von einem Prozent der reichen Bevölkerung um 148 Prozent, der Reichsten 0,01 Prozent sogar um 599 Prozent. In Deutschland sind seit dem Jahr 2000 die Einkommen aus Vermögen und Gewinnen preisbereinigt um 35 Prozent gewachsen, während die Realeinkommen der Beschäftigten um drei Prozent stiegen.

Da die Konzerne ihre Profite immer weniger in der Produktion realisieren können, weichen sie zunehmend in die Spekulation aus, wo sie auf hohe und höchste Renditegewinne setzen. Die meisten großen Konzerne haben deshalb heute eine eigene Bankabteilung, zuständig für Kredit und Spekulation. Der ver.di-Gewerkschaftsrat erklärt zu Recht: „Die fortschreitende Umverteilung von unten nach oben“ ist verantwortlich für die Krise. Wir erfahren gerade im Ansatz, welche unvorstellbaren Milliarden-Summen auf den Finanzmärkten, in der Spekulation verschwunden sind. Der Prozess ist systembedingt – wobei die Bundesregierungen zuletzt mit ihren Finanzmarktförderungsgesetzen der Spekulation Tür und Tor geöffnet haben.

Was haben diejenigen, die den Gewinn eingestrichen haben, mit dem Geld gemacht? Vagabundierendes Kapital auf Welt-ebene sucht Anlagemöglichkeit. Ein Bruchteil landete auch in der Kunst, Kunst-Fonds wurden aufgelegt. Und falls der Profit nicht durch weitere Verkäufe realisiert werden kann, lässt sich über entsprechende Schenkungen im anglo-amerikanischen Raum die Steuerlast mindern. Auch eine Form von Gewinnrealisierung, wobei Banken selbst moderne Kunstwerke als Sicherheiten für Kredite zu akzeptieren begannen.

Allerdings führte die Spekulation mit Kunst zu einem enormen Konzentrationsprozess. Weltweit waren es letztlich 30 bis 40 zeitgenössische Künstler, die mit ihren Werken die globalen Geldeliten bedienten. Die Gruppe der reichen Sammler, die mehr als 100.000 Dollar für ein Kunstwerk ausgeben, macht freilich gerade mal zwei Prozent der Transaktionen aus. Sie strahlten jedoch auf den allgemeinen Kunstmarkt aus.

Glaubt man Presseberichten aus aller Welt, scheint allerdings der Boom auf dem internationalen Kunstmarkt ebenfalls einer Krise gewichen zu sein. In Deutschland ging der Umsatz bereits zwischen 2003 und 2006 um 23 Prozent zurück, hochpreisige deutsche Kunst ist freilich auf dem internationalen Markt immer noch erfolgreich.

So schreibt die Kunstberaterin eines internationalen Konzerns, Piroschka Dossi: *„Doch die global gehandelte Kunst macht bestenfalls 10 Prozent der Kunstproduktion aus. Die übrigen 90 Prozent befinden sich auf dem sinkenden Schiff einer nachlassenden Binnennachfrage.“* Der Abstand wird noch viel, viel größer sein.

Dieser internationale Kunstmarkt definiert heute mehr denn je, was Kunst ist und wer diese Kunst repräsentiert. Museen, mit einem gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Anspruch verbunden, haben immer weniger einen eigenen und unabhängigen Platz und unterwerfen sich völlig diesem Kunstmarkt. Das ist ein in sich zerstörerischer Prozess.

Ist zu erwarten, dass wir als Antwort auf die Krise in naher Zukunft mit geläuterten Politikern, Unternehmern, Bankern und Wirtschaftsführern zu rechnen haben?

Die Milliarden für das öffentliche Konjunktur- und Investitionsprogramme, für Kurzarbeitergelder, Umstrukturierungsmaßnahmen, bei denen Arbeitsplatzabbau gefordert wird, und sonstige „Schutzschilder“ werden finanziert über eine gigantische Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte. Sie ist verbunden mit einer weiteren Umverteilung von unten nach oben. Denn wer wird das bezahlen – wenn nicht die Menschen mit noch brutaleren Einschnitten in den gesamten sozialstaatlichen Errungenschaften?